

2012 – große Depression?

Europas pessimistische Zukunftsperspektive

von | Joachim Bischoff und Richard Detje

Keine Jahreswende ohne Prognosen. Wie sind die Voraussagen für das Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2012 einzuschätzen?

Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, hat zum Jahreswechsel 2011/2012 für schlechte Stimmung gesorgt: »Es gibt in der Welt keine Volkswirtschaft, die immun ist gegen die Krise – die sich derzeit nicht nur entfaltet, sondern eskaliert.« Dass Lagarde die aktuelle Situation mit der Großen Depression der 1930er Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg vergleicht, als Protektionismus und Isolation die internationale Politik bestimmten, mobilisiert Abwehrreaktionen. Motto: hier sind »Washingtoner« Interessen gegenüber europäischer Politik im Spiel, oder schlicht »Untergangspropheten« am Werk (FAZ vom 17.12.2011).

Doch in die gleiche Kerbe wie der IWF haut die – geldpolitisch ganz anders aufgestellte – Europäische Zentralbank. Der Befund im aktuellen EZB-Halbjahresbericht lautet: »Die Krise hat systemische Ausmaße erreicht, wie sie seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers nicht mehr beobachtet wurden.« Zur Erinnerung: Das Lehman-Szenario 2008 lautete: Absturz in eine neue Große Depression. Begründung: Erneut schieben sich unterschiedliche Krisenfaktoren zusammen: Finanzierungsprobleme der Banken mit der Gefahr einer Kreditklemme für Unternehmen; neue Kreditrisiken bei schneller Konjunkturabschwächung; wachsende Ungleichgewichte zwischen den Nationalkapitalen. Sollten die finanziellen Rahmenbedingungen

| Joachim Bischoff ist Mitherausgeber, Richard Detje ist Redakteur von *Sozialismus*.



Karikatur: Economist

wieder so schlecht werden wie von Mitte 2007 bis Anfang 2009, könne dies in den kommenden eineinhalb Jahren in einigen OECD-Ländern zu einem Absinken der Wirtschaftsleistung um bis zu fünf Prozent führen.

Wem das nicht reicht: Auch die OECD hat ihre Prognosen für das Wachstum der Weltwirtschaft im neuen Jahr deutlich nach unten korrigiert. Für die weltweit führenden Volkswirtschaften (G20) erwartet die Organisation 2012 nur noch einen Zuwachs von 3,8%. Demnach schalten 2012 auch die 2010 noch dynamisch wachsenden Schwellenländer einen BIP-Gang zurück: In China auf 7% (von 10,4% in 2010), in Brasilien auf 2,8% (7,5%). Während die USA sich auf einem schmalen Wachstumspfad zumindest noch fortbewegen (1,7% 2011/12), landet Europa nach nur zwei Jahren 2012 erneut in einer Rezession: -0,3% in der gesamten Europäischen Union (EU 27), -0,6% im Euro-Club.¹

IWF – EZB – OECD: keine Institutionen, die auf systemische Umgestaltungen aus sind, sondern sich um den Bestand des Systems sorgen und das globale Krisenzentrum in den Euro-Staaten verorten.

Europas Krisenspirale

Dort wurden die politischen Hausaufgaben zunächst für erledigt erklärt. Erst Ende Januar/Anfang Februar will EU-Ratspräsident Van Rompuy den nächsten EU-Gipfel einberufen. Allerdings steht die Hektik der europäischen Krisenberatungen der letzten Monate in krassem Gegensatz zu der Überzeugungskraft der Beschlüsse. Während die politische Achse Deutschland-Frankreich den Durchbruch zu einer Stabilitäts- und Fiskalunion feiert, zeigen sich die Akteure der Finanzmärkte unbeeindruckt. Denn die Einschlüge kommen näher.

In jenen Staaten, über die »Rettungsschirme« aufgespannt wurden, hat der Krisenverlauf noch an Dynamik gewonnen. In Griechenland ist das BIP in 2011 um 6,1% abgesackt – in mittlerweile vier Krisenjahren hat das Land rd. 14% seiner Wirtschaftskraft eingebüßt; und die Prognosen sagen für 2012 eine anhaltende tiefe Rezession von 3,5-4% voraus. Auch Portugal wird eine Schrumpfung in der gleichen Größenordnung für das neue Jahr vorausgesagt. Und selbst Irland, wo bereits der neue Aufschwung gefeiert worden war, taucht mit prognostizierten -1% wieder in den Krisenprozess ein. Denn für diese drei Staaten gilt: Allein der Außenhandel lieferte in den zurückliegenden Monaten noch einen positiven Wachstumsbeitrag, der mit der Rückkehr der Gefahr einer globalen Depression aber eingeschmolzen ist. Gleichzeitig ist der Binnenmarkt aufgrund harter Austeritätspolitik und steigender Arbeitslosigkeit massiv eingebrochen und damit auch die Investitionen. In Irland liegen sie bei 45% des Niveaus von Anfang 2008, in Griechenland bei rd. 60% und in Portugal nähern sie sich der 70%-Marke.

Doch die Hauptsorgen wandern in die so genannten Kernstaaten. In Frankreich hat das statistische Amt Insee für das letzte Quartal 2011 und das erste Quartal 2012 einen leichten BIP-Rückgang prognostiziert. Die realen Investitionen, die vor Jahresfrist noch anzuziehen schienen, sind rückläufig. Die französische Industrielandschaft zeigt neben der schwächelnden Konjunktur auch verschleppte Strukturprobleme. Dass Präsident Nicolas Sarkozy die Kampagne »Produire en France« ge-

startet hat, veranschaulicht die Malaise. Frankreich, dem Land des traditionellen »Savoir-faire«, droht wie Großbritannien eine Deindustrialisierung. Die vor Monaten eingeleiteten Konjunkturimpulse zeigen wenig Wirkung. Und um weitere Ausgabenkürzungen kommt die Regierung angesichts des europäischen Feldzuges gegen öffentliche Schulden nicht herum: Von 5,7% des BIP in 2011 soll die Neuverschuldung des öffentlichen Sektors in diesem und im nächsten Jahr auf 4,5% bzw. 3% sinken. Daran werde, so Finanzminister François Baroin, auch im Falle einer Rezession festgehalten. Doch das ist Wahlkampfgetöse. Nach offiziellen Prognosen bleibt die Verschuldung auch im laufenden Jahr bei über 5% – Sarkozy wird sich nicht in den politischen Abgrund kürzen.

Besonders kritisch ist die Situation in Italien. Die Ökonomen des Unternehmerverbandes Confindustria haben eine ernüchternde Prognose für die Wirtschaft des Landes publiziert. Danach wird das reale BIP 2012 um 1,6% einbrechen und sich im darauffolgenden Jahr nur schwach erholen (+0,6%), nachdem es schon 2011 nur um 0,5% gewachsen war. Gemäß der Erwartung von Confindustria würde die italienische Wirtschaft 2012 auch deutlich stärker einbrechen als jene der gesamten Euro-Zone, die 2011 noch um 1,5% zulegte und 2012 um 0,6% schrumpfen dürfte.

Die überdurchschnittlich scharfe Rezession ist 2011 in allen Ländern in erster Linie den Budgetkürzungen anzulasten, welche die Neuverschuldung bis 2014 um gesamthaft 81,2 Mrd. Euro bzw. 4,8% des BIP reduzieren und schon 2013 für einen ausgeglichenen Haushalt sorgen sollen. Der von der Notstandsregierung Monti beschlossene Korrekturhaushalt trägt dazu 21,4 Mrd. Euro bei. Allerdings ist genau die Erwartung einer schrittweisen Lösung der Schuldenkrise bis 2013/14 durch massive Ausgabenkürzungen und Massensteuernerhöhungen, die die Nachfrage weiter drosseln, unrealistisch. In allen Krisenstaaten nahm der Schuldenstand angesichts exorbitanter Zinsbelastung und negativer wirtschaftlicher Entwicklung weiter zu. Daraufhin konnten die laufenden Sparpläne nicht mehr realisiert werden, worauf die EU/EZB/IWF-Troika wiederum erhöhte Sparanstrengungen einforderte. »So legten Griechenland und Portugal bei ihren Sparanstrengungen noch einmal nach. In Griechenland beträgt der Konsolidierungsbedarf für 2012 nunmehr 11,8 Mrd Euro bzw. über 5% des BIP und damit mehr als das Doppelte des im ursprünglichen Programm vom Mai 2010 vorgesehenen Beitrags. Die portugiesische Regierung kündigte im Oktober 2011 einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen für 2012 im Umfang von 4,4% des BIP auf der Ausgabenseite und 1,7% des BIP auf der Einnahmenseite an. Das ist ebenfalls eine Verdopplung gegenüber der ursprünglichen Planung.« (IMK 69/2011, S. 11).

Eintrübung auch bei der Hegemonialmacht

Auch die europäische Hegemonialmacht schwächelt. Für Deutschland korrigierten die Konjunkturinstitute ihre Erwartungen deutlich nach unten. »Auch Deutschland wird sich von der Verschlechterung der internationalen Konjunktur nicht abkoppeln können, und das deutsche Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2012 mit 0,3% nur schwach zunehmen. Darüber hinaus

Abbildung 1: Wiedereintritt in die Krisenphase (BIP 2010-12)

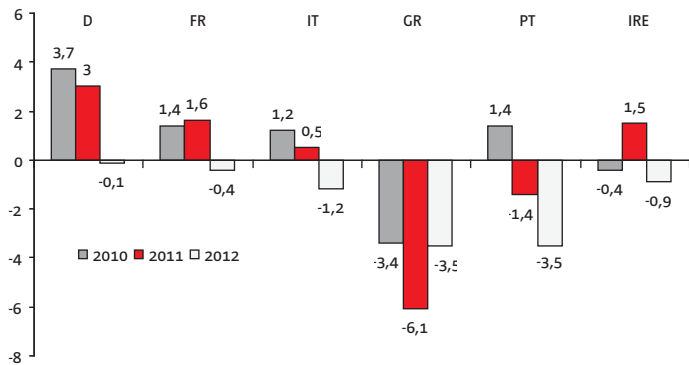
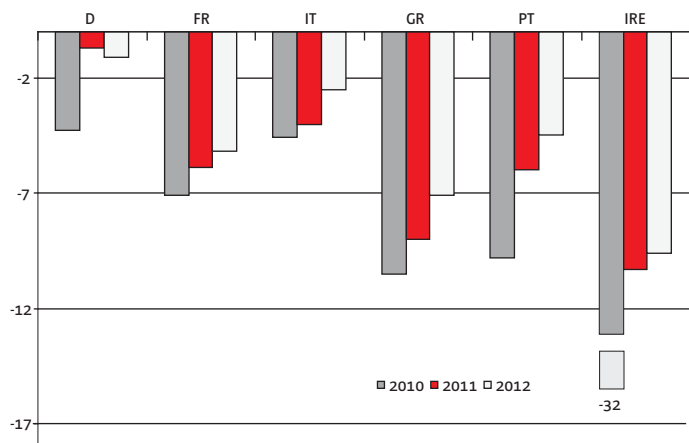


Abbildung 2: Staatliches Finanzierungssaldo in % des BIP



Quelle: IMK-Report Nr. 69/Dezember 2011

sind die Risiken groß. Sollten etwa die Refinanzierungskosten im deutschen Bankensystem, anders als in dieser Prognose unterstellt, stark zunehmen, würde die gesamtwirtschaftliche Produktion 2012 wohl schrumpfen.« (IWH 15.12.2011).

Das Ifo-Institut berichtet eine ähnliche Konstellation. »Der Ifo Geschäftsklimaindex und andere Frühindikatoren zeigen, dass der deutschen Konjunktur ein Abschwung bevorsteht. Maßgeblich hierfür sind die sich abschwächende Weltwirtschaft und die europäische Schuldenkrise. Die Abhängigkeit der Konjunkturentwicklung von den Entscheidungen der europäischen Politik erschwert die Prognose erheblich, denn es sind ganz unterschiedliche plausible Szenarien möglich. Unter der Annahme, dass sich die Eurokrise nicht weiter verschärft und sich insbesondere Italien weiter am Markt finanzieren kann, dürfte eine Rezession Deutschland vermieden werden. Dennoch wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2012 voraussichtlich nur um 0,4% zunehmen.«² Ohne weitere Risiken prognostiziert das IMK für 2012 bereits eine leichte Schrumpfung um 0,1%.

Deutschlands Realwirtschaft wird sich wie in den zurückliegenden Konjunkturzyklen nicht von der Globalökonomie abkoppeln können. So sind die Auftragsbestände in den letzten Monaten geschrumpft, und die Unternehmen blicken laut Umfragen skeptisch in die Zukunft. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität dürfte im vierten Quartal 2011 stagnieren und im ersten Quar-

Zum Thema:

- Joachim Bischoff/Richard Detje: Europa – Inkubationsphase eines autoritären Regimes, in: Sozialismus 12/2011, S. 11-16
- Die aktuellsten Analysen immer auf der Sozialismus-Website im Dossier »Die Krise der EU«: www.sozialismus.de/dossiers/die_krise_der_eu/

tal 2012 geringfügig schrumpfen. Zurückhaltung beim privaten Konsum und bei den Unternehmensinvestitionen sowie geringe Exporte dürften insbesondere die industrielle Produktion deutlich dämpfen. Im späteren Verlauf des Jahres 2012 und im Jahr 2013 soll sich, sofern eine Eindämmung der Schuldenkrise gelingt, die konjunkturelle Lage allmählich wieder bessern.

USA: fragile Stabilität

Im Gegensatz zu Europa hat sich die US-Konjunktur erholt. Das BIP-Wachstum beschleunigte sich im 3. Quartal von 0,3 auf 0,5%.³ Auch in den letzten Wochen haben sich viele Konjunkturindikatoren relativ gut entwickelt, was vorerst auf eine Fortsetzung des moderaten Wirtschaftswachstums hindeutet. So zeigten die Produktions- und Auftragszahlen aus der Industrie weiterhin leichte Aufwärtstendenzen, und der Einkaufsmanagerindex konnte sich im positiven Bereich (über 50 Punkte) behaupten. Zudem scheint in der Bauwirtschaft endlich die Talsohle durchschritten und allmählich eine Erholung einzusetzen.

Vieles spricht allerdings dafür, dass die Wachstumsdynamik der US-Wirtschaft noch für längere Zeit nur mäßig verlaufen dürfte. Eine wesentliche Schwachstelle ist nach wie vor der Arbeitsmarkt, obwohl die Arbeitslosenquote im November 2011 (8,6%) erstmals wieder deutlich unter die Marke von 9% sank; damit liegt sie aber immer noch deutlich über dem Stand vor der Rezession (rund 5%). Und die politischen Perspektiven sind im Präsidentschaftswahljahr höchst ungewiss, der politische Irrationalismus der Republikaner kaum noch zu toppen.

Die »self-fulfilling prophecy« der Finanzmärkte

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Talfahrt in den wichtigen Ländern der Euro-Zone erklärt sich die hartnäckige Skepsis des Großteils der Finanzmarktakteure über die gegenwärtige Politik der französisch-deutschen Achse. Die Sanierungsoperationen der letzten zwei Jahre in der Euro-Zone basierten auf der Hypothese, dass einige wenige Länder an der Peripherie über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Dagegen steht die These: Europa ist nicht nur mit einem Liquiditätsproblem, sondern mit einem zunehmend kritischer werdenden Solvenzproblem konfrontiert, hinter dem Ungleichgewichte der Wettbewerbspositionen und der Leistungsbilanzen stehen. Seit dem Ausbruch der

¹ Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK): Im Bann der Austeritätspolitik. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2012. IMK-Report 69, Dezember 2011.

² Ifo Konjunkturprognose 2011/2012, »Schuldenkrise bremst deutsche Wirtschaft aus«, 14.12.2011

³ Vorquartalswachstum ohne Hochrechnung auf Jahresbasis.

»Schuldenkrise« mit der drohenden Insolvenz Griechenlands im Frühjahr 2010 versucht die politische Leadership von Merkel und Sarkozy eine strikte Politik der Begrenzung der Haushaltsdefizite und der öffentlichen Schulden durchzusetzen; die Zeit bis sich die unterstellten positiven Effekte der Austeritätspolitik einstellen, soll mit finanzpolitischen Rettungsschirmen überbrückt werden. Diese Ausrichtung auf möglichst rasche ausgeglichene Staatshaushalte ist nicht nur ökonomisch gefährlich und waghalsig, sondern angesichts der labilen Konstellation der Globalökonomie politisch völlig falsch. Solange der Zwang zu Austerität in Defizitländern nicht ergänzt wird durch die Verpflichtung von Ländern mit Exportüberschüssen, also vor allem Deutschland, reziprok die inländische Binnenökonomie anzukurbeln, wird der Nettoeffekt für die Region in eine lange Rezession, vermutlich sogar eine tiefe Depression und für die Schuldner eine ungebremste Schuldenspirale münden.

Immer wieder haben sich die politischen Eliten auf den Gipfeltreffen darauf verständigt, eine konstitutionelle Architektur zu schaffen, die in Zukunft eine Überschuldung von Mitgliedstaaten verhindern soll. Aber die beständig verschärften Regelwerke helfen nicht, die bestehenden Insolvenzen zu überwinden, weil der Frage nach einer neuen wirtschaftlichen Dynamik beständig ausgewichen wird. Die Krise in der Euro-Zone – oder in Großbritannien – ist nicht allein auf zu hohe Staatsschulden zurückzuführen. Die Unfähigkeit, die strukturelle Abflachung der Akkumulation zu bekämpfen und somit ein ausreichendes Wachstum zu sichern, ist der eigentliche Grund. Damit geraten aber andere Faktoren in den politischen Fokus, wie die Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Binnenwirtschaft, die unerträgliche Verschärfung der Verteilungsverhältnisse und die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Aufgaben. Das jedoch sind exakt die Themen, die von den Finanzmärkten beiseite geschoben werden.

Angesichts der seit 2007 anhaltenden Krisenkaskade wird die Gefahr des Absturzes im Frühjahr aus einer leichten Rezession in eine langwierige Depression stärker. Mit Blick auf die rezessiven Tendenzen müsste die Politik der Euro-Zone und der anderen hochentwickelten kapitalistischen Länder – und dies ist der Grundgedanke von IWF-Chefin Lagarde – auf Wachstumsimpulse setzen und im Kontext einer nachhaltigen Kapitalakkumulation auf eine schrittweise Rückführung von Defiziten und Schuldenüberhängen orientieren. Trotz des Rettungsschirms EFSF, des vorgezogenen Finanzfonds EMS sowie des Versuchs einer Ausweitung des Kreditplafonds des IWF (200 Mrd. Dollar zusätzlich) und potenziellen Interventionen der Europäischen Zentralbank läuft die Globalökonomie auf eine enorme Belastungsprobe hinaus. In dem Maße wie sich die wirtschaftlichen Abschwungkräfte verschärfen, nehmen die Finanzprobleme zu. Allein für die Euro-Zone ist ungeklärt, wie das Problem der Refinanzierung der im Jahr 2012 fällig werdenden Schulden gelöst werden soll. Laut Schätzungen müssten Europas Staaten und Banken in diesem Jahr 1,9 Bio. Euro allein für die Refinanzierung ihrer Schulden an den sehr zugeknöpften Kapitalmärkten aufnehmen. Ein Vergleich: Allein die Banken benötigen in den nächsten vier Quartalen durchschnittlich 230 Mrd. Euro, während sie seit vergangem Juni nur 17 Mrd. erhielten und sich im Vorjahreszeitraum mit 120 Mrd. Euro beschränkten.



Karikatur: Economist

Durch die von der europäischen Finanzaufsicht beschlossene Erhöhung des Eigenkapitals bei den Banken wird das Problem nicht handhabbarer. Zurecht ist davon auszugehen, dass diese Operation die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen verschlechtern und darüber hinaus die Tendenz zum Aufschieben vieler Konsum- und Investitionsausgaben verstärken wird. Die schlechte Vermögenssituation der privaten Haushalte in den USA sowie in einigen europäischen Ländern wird weiterhin nach einer hohen Sparquote verlangen und somit die Entwicklung des privaten Konsums stark belasten. Die Finanzpolitik in Europa und den USA ist aufgrund der falschen Politik kontraktiv ausgerichtet und wird damit dem selbstgesteckten Ziel der Verminderung der Defizite und der hohen Staatsverschuldung nicht begegnen können. Die wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern wird im Unterschied zu der vorangegangenen Großen Krise die konjunkturelle Abschwächung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nicht nachhaltig abdämpfen können.

Politikversagen

Alle Prognosen für die Entwicklung im neuen Jahr zeigen: Der so genannte Fiskalpakt des Dezembergipfels der Regierungschefs der EWU hat den Durchbruch nicht gebracht. Viele Themen werden auf dem nächsten Gipfeltreffen wieder auf der Tagesordnung stehen. Zurecht fasst ein Beobachter zusammen: »Sechzehn Mal haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in den vergangenen zwei Jahren in Brüssel getroffen. Sechzehn Mal waren es »Krisengipfel«. Die frühere Routine europäischer Politik – ein Gipfel pro Quartal mit mal diesen, mal jenen Themen – ist außer Kraft. Immer geht es um den Euro, dessen »Stabilisierung«, um »Rettung« und »Hilfe«. Geholfen hat bisher wenig, gerettet wurde nichts, stabil ist auch nichts. Es gibt nur eine neue Routine: die der Krise. Dauernd muss gerettet werden. Kaum ist der Gipfel vorbei, steht der nächste in Aussicht«.⁴

Auch der letzte Gipfel war Routine, mit einer Einschränkung: Die Staats- und Regierungschefs haben die Verhandlungen über einen Ausweg aus der Schuldenkrise mit einer Vertiefung der politischen Spaltung in Europa beendet. Nachdem sich im bisherigen Krisenprozess bereits unterschiedliche Integrationsniveaus und Souveränitätsrechte herausgebildet haben und mit der Achse Berlin-Paris ein schwer zu erschütterndes Machtzentrum entstanden ist, zeigte sich nun, dass die erforderliche Einstimmigkeit für eine erneute Veränderung des Lissabon-Vertrages (Plan A) wegen des Ausscherens der britischen Regierung

nicht zustande kam. »Wenn man eine Liste der ganz wichtigen Entscheidungsgründe für Großbritannien macht, dann steht die Gesundheit unseres Finanzsektors ganz weit oben«, erklärte Außenminister William Hague.

London ist Europas größtes Finanzzentrum mit etwas mehr als 310.000 Beschäftigten. Im Vergleich zu den Finanzplätzen New York oder Tokio, die ihre Bedeutung aus ihren starken inländischen Volkswirtschaften ziehen und vorrangig den einheimischen Markt bedienen, kann London mit einer globalen Ausrichtung und einer breiten Palette unterschiedlichster Finanzdienstleistungen aufwarten. Der Finanzsektor hat in Großbritannien mit einem Wertschöpfungsanteil von ca. 10% eine im internationalen Vergleich große volkswirtschaftliche Bedeutung. Diese Bedeutung sah die britische Regierung durch die Debatte über freilich bescheidene europäische Maßnahmen der Finanzmarktregulierung – bei Leerverkäufen, Hochfrequenzhandel, Kreditausfallversicherungen etc. – und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefährdet. Es ist also nicht die Kritik am der Austeritätspolitik, die zu dem Ausscheren von Großbritannien geführt hat. Die seit Mai 2010 amtierende Regierung aus Konservativen und Liberaldemokraten räumt der Reduzierung des Haushaltsdefizits oberste Priorität ein und hat erhebliche Kürzungen (durchschnittlich 19% bis zum Ende der Legislaturperiode 2015) auf den Weg gebracht. Das Defizit wird im Haushaltsjahr 2011/12 voraussichtlich immer noch bei ca. 8% des BIP liegen, nachdem zwei Jahre zuvor ein Rekordminus von 11% zu verzeichnen war. Die projektierte Staatsverschuldung wird trotz

eines massiven Sparprogramms bis zum Haushaltsjahr 2013/14 auf ca. 87% des BIP steigen, nachdem sie 2007/08 noch bei 43% gelegen hatte. Der Grundwiderspruch der britischen Regierungspolitik besteht darin, dass man die Sanierung der öffentlichen Finanzen ohne Kontrolle und Einschränkungen des großen Finanzsektors erreichen will.

Die Achse Paris-Berlin hat mit treuer Gefolgschaft der anderen 24 EU-Mitgliedstaaten den Rahmen für ein intergouvernementales Vertragswerk abgesteckt, das bis Februar 2012 die erste Wegstrecke zu einer Fiskalunion abstecken soll.⁴ Bis dahin sind eine ganze Reihe von Hürden aus dem Weg zu räumen: zur Mobilisierung weiterer Finanzmittel zur Krisenintervention (durch vorzeitige Installation des Europäischen Stabilitäts-Mechanismus und eine Aufstockung der IWF-Mittel um 200 Mrd. Euro, wozu die Bundesbank die Beteiligung von Staaten außerhalb des Euro-Clubs fordert) und zur Durchsetzung automatischer Sanktionen bei Verletzung der »Schuldenbremse« (Begrenzung des strukturellen Staatsdefizits auf 0,5% des BIP), deren rechtliche Grundlagen allerdings strittig sind. Ferner ist die Position der Rechtsregierung in Ungarn unklar, obgleich sie eines der härtesten Kürzungsprogramme fährt; auch in Schweden steht die Vereinbarung unter Parlamentsvorbehalt. Und in Irland wird in einer Volksabstimmung entschieden werden müs-

⁴ Mussler, FAZ vom 17.12.2011.

⁵ Siehe hierzu unseren Kommentar »Krisengipfel ohne Zukunftsperspektive« auf der homepage www.sozialismus.de vom 12.12.2011.



Die Tageszeitung
jungeWelt

Samstag, 14. Januar 2012
URANIA-HAUS, Berlin
(An der Urania 17, Saalöffnung 10 Uhr)

XVII. Internationale Rosa Luxemburg Konferenz

Informationen zum Programm finden Sie
unter www.rosa-luxemburg-konferenz.de

Eine Veranstaltung der Tageszeitung *junge Welt* mit
Unterstützung von linken Medien,
Gewerkschaften, Soligruppen und Initiativen.

sen; dort war zwar die EU-Verfassung im Referendum gescheitert, aber die Republik ist unter dem EFSF-Schirm erpressbar geworden. Entscheidend dürfte der politische Prozess in Frankreich werden, wo im April Präsidentschaftswahlen und im Juni die Wahlen zur Nationalversammlung anstehen. Sarkozy ist gewillt, den Urnengang zu einem Votum über eine »Schuldenbremse« zu machen und wird versuchen, der sozialdemokratischen PS das Etikett der Schuldentreiber ans Revers zu heften – Ausgang ungewiss. Damit aber auch die Zukunft der neuen »Stabilitätsunion«.

Mit dem neuen zwischenstaatlichen Vertrag soll ein Konstruktionsfehler der Euro-Zone behoben werden: die Einführung einer gemeinsamen Währung ohne gemeinsam verpflichtende Regelungen staatlicher Haushaltspolitik. Das Stichwort heißt Fiskalunion. Aber dieser Begriff ist viel zu anspruchsvoll für die heute in Europa verfolgte Politik. Denn eine Fiskalunion würde gemeinsame Grundlagen nicht nur der staatlichen Ausgaben-, sondern auch der Steuerpolitik erfordern. Beides wäre nicht als lineares Programm – Ausgabenkürzen pro Jahr um XY-Prozent – zu konzipieren, sondern müsste antizyklisch angelegt sein, was unter dem ersten Schock der Großen Krise 2008/2009 kurzfristig auch der Fall war. Tatsächlich verabredet wurde eine Austeritätsunion mit massiven Umverteilungseffekten. Da die Unternehmens- und Vermögenssteuern gedeckelt sind, werden nur noch Massensteuern erhöht; und da Wettbewerbspolitik als non plus ultra wirtschaftlicher Gesundung gilt, werden Sozialleistungen nicht nur im Rahmen der Sparpolitik, sondern zusätzlich mit dem Ziel der Entlastung der Unternehmen heruntergefahren.

Die Überzeugungskraft dieser Politik ist gering. Vier Argumente sprechen gegen eine vorschnelle Beendigung der Krise:

1. Grundsätzlich ginge es unter dem Regime des Euro nicht nur um eine gemeinsame Fiskal-, sondern auch Wirtschaftsunion. Diese kann aber nicht existieren, solange in Europa ein tiefer Graben existiert zwischen einer Mehrheit von Staaten, die dazu verdammt sind, Handels- und Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren, und Exportländern in Gläubigerposition. Ein wirtschaftlicher Unterbau – letztlich mit dem Ziel eines Ausgleichs der Profitraten im EWU-Raum – setzt einen Prozess der Aufhebung nationalstaatlicher Souveränität voraus. Ein vollentwickelter europäischer Binnenmarkt erfordert nicht nur eine Währung, sondern ein weitgehend angenähertes Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsrecht. Ein regionaler Finanzausgleich wie bei anderen Bundestaaten existiert in der EWU nicht, solche Transfers sind beim gegenwärtigen Stand der öffentlichen Debatte und der politischen Kräfteverhältnisse nicht vorstellbar. Und das Europäische Parlament ist »kein Repräsentations-Organ eines souveränen europäischen Volkes«, das bislang juristisch nicht existiert.

2. Die Probleme einer geplatzten Vermögens- und Kreditblase – im konkreten Fall auf den Immobilien- und Hypothekensmärkten etlicher Länder – können durch Fiskal- und Geldpolitik nur gelindert, aber nicht aufgehoben werden. Nur dadurch, dass die Vermögenstitel mit zweifelhafter Werthaltigkeit und der viel zu große Finanzsektor in eine Ausgleichungspolitik der Leistungsbilanzen eingebunden würden, kann die Krisenkaskade beendet werden. Im Euro-Raum muss eine Alternative zur

Politik der finanzpolitischen Disziplin und geldpolitischer Überbrückung entwickelt werden. Wenn unterschiedliche Länder einer Währungszone die Abwertungsmöglichkeit verloren haben und eine Politik der »internen Abwertung« durch verteilungspolitische Rosskuren vermieden werden soll, muss eine wirtschaftspolitische Offensive erfolgen. Die Krise wurde dadurch ausgelöst, »dass eine landesweite Preisblase platzt, so wie in Japan Anfang der Neunziger und in den USA und Europa 2008 nach dem Lehman-Schock. Was dann passiert, ist folgendes: Die Preise, etwa von Immobilien, brechen ein, aber die damit verbundenen Schulden bleiben bestehen. Unternehmen und Privathaushalte stecken plötzlich tief im Minus und versuchen um jeden Preis, ihre Schulden abzubauen, um ihre Bilanzen zu sanieren. Damit macht zwar jeder Einzelne für sich das Richtige, aber kollektiv ist das genau das Falsche. Regierungen müssen in einer solchen Situation die Wirtschaft so lange durch hohe Staatsausgaben am Laufen halten, bis die Privatwirtschaft wieder zum Wachstum beiträgt.«⁶ Letztlich wird man eine entwickeltere Form der wirtschaftlichen Arbeitsteilung unter den beteiligten Ländern der Euro-Zone schaffen müssen.

3. Angesichts der bereits eingetretenen und für die kommenden Monate prognostizierten Krisenentwicklung existieren große Zweifel, ob der geldpolitische Rahmen (EFSF, ESM, Einbezug des IWF) ausreicht. Zudem lassen die Ankündigungen einer neuen Regulierung der Finanzsektoren und Finanzdienstleistungen aufgrund der Erfahrungen aus der Zeit nach dem Konkurs der Lehman-Bank nicht unbedingt darauf schließen, dass den Worten auch wirksame Taten folgen.

4. Wenn alle EU-Staaten den Pfad einer verpflichtend vorgeschriebenen und sanktionsbewährten Austeritätspolitik gehen – einschließlich Großbritannien, das auf einem Parallelpfad voranmarschiert –, entwickelt sich die EU in Krisenzeiten zu einer Deflationsgemeinschaft. Offenkundig scheint es in dem von Merkel und Sarkozy beherrschten Europäischen Rat die Auffassung zu geben, durch strikte öffentliche und private Kostensenkungspolitik so viele Wettbewerbsvorteile für die Mitgliedstaaten schaffen zu können, dass damit die negativen Nachfrageeffekte ausgeglichen werden. Doch was im Falle Deutschlands mit Exportoffensiven in die wachstumsstarken Schwellenländer 2010 geklappt hat, klappt erstens nicht für die EU insgesamt und zweitens nicht in einer Zeit, in der selbst China einen Gang zurückschaltet. Die EU ist gegenwärtig mit ihrer Politik ein Brandbeschleuniger im globalen Krisenherd.

Entscheidend wird sein, ob der Teufelskreis aus Nachfragekürzungen und globalen Krisentendenzen durch wechselseitige Anstöße eine nur noch schwer zu stoppende Dynamik erlangt. Joseph Stiglitz spricht bereits von einer »Todesspirale«: »Tatsächlich könnte 2012 das Jahr sein, in dem das Experiment mit dem Euro, der Höhepunkt eines 50-jährigen Prozesses wirtschaftlicher und politischer Integration in Europa, zu Ende geht. Anstatt die lang anhaltende große Rezession von 2008 mit den von ihr verursachten Leiden zu beenden, könnte 2012 eine neue und noch beängstigendere Phase der weltweit schlimmsten wirtschaftlichen Krise der letzten 75 Jahre einläuten.«⁷

⁶ Der japanische Ökonom Koo in Frankfurter Rundschau vom 10.12.2011.

⁷ Joseph Stiglitz: Neues Chaos, in: Handelsblatt vom 20.12.2011, S. 56.